

01 - Büro der Oberbürgermeisterin
Frau Wüstmann

Datum:
05.06.2024

Anfrage

Beschließendes Gremium:

Anfrage "Umgang mit Pressefreiheit und Kritik" (Anfrage der SPD-Fraktion vom 04.06.2024, eingegangen 04.06.2024 um 21:36 Uhr)

Beratungsfolge:

Öffentl. Status	Sitzungsdatum	Gremium
Ö	20.06.2024	Rat der Hansestadt Lüneburg

Sachverhalt:

Die SPD-Fraktion hat am 04.06.2024 die beigefügte Anfrage „Umgang mit Pressefreiheit und Kritik“ gestellt.

Die Verwaltung beantwortet die Anfrage wie folgt:

1. Nach Durchsicht der veröffentlichten Beiträge zur Kritik des Seniorenbeirats ist nicht klar, auf welche Passagen sich Ihre harsche Entrüstung genau beziehen soll. Wir bitten, die aus Ihrer Sicht kritischen Punkte und Fehlinformationen schriftlich vorzulegen und insbesondere den von Ihnen erwähnten Screenshot zum Vorwurf der Lüge. Siehe Anlagen. Relevante Passagen sind hier gelb markiert.

2. Sie fordern das Gespräch und erklären gleichzeitig den Diskurs für beendet. Wir erwarten, dass Sie umgehend auch das Gespräch mit dem Seniorenbeirat, dem Behindertenbeirat und mit FUSS e.V. aufnehmen, um ausgewogene Pläne für die Zeit der Umleitung zu entwickeln.

Das trifft nicht zu. Sie zitieren selektiv (siehe Anlage 1, grün markiert). Nicht ich habe den Diskurs beendet. Vielmehr ist der Diskurs in dem Moment beendet worden, in dem es zu Diskreditierungen meiner Verwaltung kam.

3. Sie stellen mit Ihren Äußerungen Vertreter des Seniorenbeirats und der Onlinemedien in eine Reihe mit Demokratiefeinden. Wir erwarten, dass Sie sich für dieses Verhalten entschuldigen.

Es ist sehr bedauerlich, dass die SPD zu dieser abwegigen Interpretation kommt. Das trifft nicht zu. Ich verbitte mir solche Unterstellungen. Einen solchen Vergleich hat es natürlich nicht gegeben (Siehe Anlage 1, gelb markiert).

4. Vertreter der Onlinemedien geben an, dass es oft Tage, manchmal Wochen dauere, bis Sie Antworten auf Presseanfragen von der Stadt erhalten oder das überhaupt kein Gespräch zustande kommt. Werden Medienvertreter von Ihnen oder Ihrer Verwaltung unterschiedlich behandelt? Wie stellen Sie eine Pressearbeit sicher, die den Anforderungen von Art. 5GG und dem Presserecht entspricht?

In der Pressestelle sind 2 Mitarbeitende auf 1,8 Stellen u. a. für die Beantwortung von Presseanfragen zuständig.

Die Einhaltung von Art. 5GG und dem Presserecht werden durch die Stadt in vollem Umfang sichergestellt. Die Meinungsfreiheit wird zu keiner Zeit durch die Pressestelle bzw. die Verwaltung eingeschränkt. Ebenso wenig verstößt die Pressestelle gegen ihre Auskunftspflicht. Es werden alle Anfragen von Medienvertreter:innen von der Pressestelle gleichwertig behandelt. Laut Presserecht gibt es keine vorgegebene Frist, innerhalb derer Auskunft zu erteilen ist. Einige Anfragen sind umfangreicher oder komplexer (betreffen z.B. verschiedene Fachbereiche) – hier sind die Antworten entsprechend aufwendiger.

5. In welchem Zeitraum ist die Pressestelle besetzt und gibt es eine Notfallnummer für alle Medienvertreter:innen?

Die Pressestelle ist werktags in aller Regel zwischen 8.30 Uhr und 17 Uhr besetzt, sehr oft sind die Kolleg:innen länger im Einsatz, weil Sitzungen oder andere Termine wahrzunehmen bzw. zu begleiten sind. Auch am Wochenende sind die Kolleg:innen aus der Pressestelle im Dienst, wenn erforderlich. Bei Notfällen/besonderen Lagen in Lüneburg informiert die Stadt proaktiv über die Pressestelle schnellstmöglich und umfassend die Bürger:innen sowie Medienvertreter:innen.

Presseanfragen, die als solche einen Notfall darstellen, gibt es nicht.

In tatsächlichen Krisenlagen oder Notfällen ist die Pressestelle selbstverständlich über die regulären Dienstzeiten hinaus im Einsatz.

6. Warum haben Sie zu den Punkten nicht in der die Ratssitzung vorbereitenden Verwaltungsausschusssitzung berichtet, um eine reguläre Debatte in der Ratssitzung möglich zu machen?

Der VA bereitet die Beschlüsse des Rates vor. Hier gab es nichts zu beschließen. Dennoch hat die Verwaltung 2x im VA berichtet sowie im zuständigen Mobilitätsausschuss.

Da uns die entsprechenden Hinweise, Anfragen und Berichte erst nach dem VA erreichten, konnte es im VA auch dazu keine Aussprache geben.

Finanzielle Auswirkungen:

Kosten (in €)

a) für die Erarbeitung der Vorlage:

aa) Vorbereitende Kosten, z.B. Ausschreibungen, Ortstermine, etc.

b) für die Umsetzung der Maßnahmen:

c) an Folgekosten:

d) Haushaltsrechtlich gesichert:

Ja

Nein

Teilhaushalt / Kostenstelle:

Produkt / Kostenträger:

Haushaltsjahr:

e) mögliche Einnahmen:

Anlagen:

Anfrage der SPD-Fraktion vom 04.06.2024

Beteiligte Bereiche / Fachbereiche:



Stadtratsfraktion im Rat der Hansestadt Lüneburg

SPD Stadtratsfraktion – Auf dem Meere 14-15 – 21335 Lüneburg

Frau

Oberbürgermeisterin Claudia Kalisch

Hansestadt Lüneburg

Am Ochsenmarkt 1

21335 Lüneburg

Vorsitzende:

Hiltrud Lotze, Tel: 0170 5327756

Uwe Nehring, Tel: 01525 3149879

04. Juni 2024

Anfrage Umgang mit Pressefreiheit und Kritik

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Kalisch,

in der Ratssitzung am 30. Mai 2024 haben Sie den Tagesordnungspunkt „Mitteilungen der Verwaltung“ genutzt, um Ihre eigene Kritik an einer Presseinformation des Seniorenbeirats und der entsprechenden Berichterstattung in den Onlinemedien dem Rat zu berichten.

Die LZ berichtete am 31. Mai 2024 dazu unter anderem folgendes:

Am Donnerstagabend im Rahmen der Stadtratssitzung sagte sie [Kalisch]: „Ich bin wirklich sauer.“ Ihr „Amtsvorgänger“ habe die Kritik „mit abschätzigen Formulierungen und Fehlinformationen gespickt“. Kalisch weiter: „Inzwischen haben sich Online-Journalisten als seine Verstärker geriert und die Verwaltung unter anderem der Lüge bezichtigt. Hier hört der Diskurs auf. Das ist respektlos.“ Sie erwähnte, dass das Wort 'Lüge' in dem Beitrag mittlerweile gelöscht worden sei.“

Darüber hinaus stellten Sie auch noch einen Bezug zwischen dem Auftreten auf der Demokratiemeile und der Kritik an monatelangen Umleitungen des Busverkehrs her.

Daraus ergeben sich für uns folgende Aspekte:

1. Nach Durchsicht der veröffentlichten Beiträge zur Kritik des Seniorenbeirats ist nicht klar, auf welche Passagen sich Ihre harsche Entrüstung genau beziehen soll. Wir bitten, die aus Ihrer Sicht kritischen Punkte und Fehlinformationen schriftlich vorzulegen und insbesondere den von Ihnen erwähnten Screenshot zum Vorwurf der Lüge.
2. Sie fordern das Gespräch und erklären gleichzeitig den Diskurs für beendet. Wir erwarten, dass Sie umgehend auch das Gespräch mit dem Seniorenbeirat, dem Behindertenbeirat und mit FUSS e.V aufnehmen, um ausgewogene Pläne für die Zeit der Umleitung zu entwickeln.
3. Sie stellen mit Ihren Äußerungen Vertreter des Seniorenbeirats und der Onlinemedien in eine Reihe mit Demokratiefeinden. Wir erwarten, dass Sie sich für dieses Verhalten entschuldigen.

Auf dem Meere 14-15
21335 Lüneburg

Tel.: 0 41 31/23 28 59
Fax: 0 41 31/33 104

Sparkasse Lüneburg
IBAN: DE49 2405 0110 0057 0502 54
BIC: NOLADE21LBG

Vorsitzende:
Hiltrud Lotze
Uwe Nehring

Email: info@spd-ratsfraktion-lueneburg.de
Internet: www.spd-ratsfraktion-lueneburg.de

•••

4. Vertreter der Onlinemedien geben an, dass es oft Tage, manchmal Wochen dauere, bis Sie Antworten auf Presseanfragen von der Stadt erhalten oder das überhaupt kein Gespräch zustande kommt. Werden Medienvertreter von Ihnen oder Ihrer Verwaltung unterschiedlich behandelt? Wie stellen Sie eine Pressearbeit sicher, die den Anforderungen von Art. 5GG und dem Presserecht entspricht?
5. In welchem Zeitraum ist die Pressestelle besetzt und gibt es eine Notfallnummer für alle Medienvertreter:innen?
6. Warum haben Sie zu den Punkten nicht in der die Ratssitzung vorbereitenden Verwaltungsausschusssitzung berichtet, um eine reguläre Debatte in der Ratssitzung möglich zu machen?

Mit freundlichen Grüßen



Jörg Kohlstedt

—



Organisationseinheit Ratsbüro
Thema Wortprotokoll

Ersteller:in Andrea Kamionka Datum 20.06.2024

In der Sitzung des Rates am 30.05.2024 wurde im Rahmen der Mitteilungen der Verwaltung zum respektvollen Umgang miteinander gesprochen.

Nachstehend wird hierzu der Wortlaut wiedergegeben:

„Oberbürgermeisterin Kalisch:

Ja, auch ich hole noch meine Begrüßung nach. Liebe Ratsvorsitzende, liebe Gäste, liebe Presse, liebe Ratsmitglieder.

Es reicht. Ich bin wirklich sauer und nicht auf Sie, liebe Ratsmitglieder, aber ich muss Ihnen sagen, warum.

Der neue Seniorenbeirat ist noch nicht einmal konstituiert und einzelne Mitglieder des wirklich wichtigen Gremiums können es nicht abwarten. So hat unter anderem mein Amtsvorgänger in einer Pressemitteilung im Namen des Seniorenbeirats veröffentlicht und darin ging es um die anstehenden Bauarbeiten in der Innenstadt.

Ein auf dieser Pressemitteilung beruhendes Interview mit ihm ist gespickt mit abschätzigen Formulierungen, mit Halbwahrheiten und Fehlinformationen. Inzwischen haben sich Onlinejournalisten als seine Verstärker geriert und die Verwaltung unter anderem der Lüge bezichtigt.

Hier hört der Diskurs auf, hier fängt Diskreditierung an und das ist respektlos.

Als Oberbürgermeisterin ist es meine Pflicht, mich hier bei Ihnen, meine Damen und Herren, zu positionieren und vor die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu stellen. So geht man nicht miteinander um und so gehen auch wir hier nicht miteinander um. Diese Tonart, diese Verhaltensweisen, widersprechen allem, was unsere Stadt auf der Demokratiemeile demonstriert hat, zu allererst Respekt. Und das bedeutet erstmal miteinander zu sprechen.

Unser erster Stadtrat Markus Moßmann wird uns jetzt auf den aktuellen Stand der Dinge zu den Baumaßnahmen bringen. Ich danke ihm und seinem Team ganz ausdrücklich für den hochseriösen Umgang mit dieser Thematik.“


Kamionka

Zusammenfassung der Aussagen auf LG-Heute Interview und Folgeberichterstattung

„Stümperhaft vorbereitet, obwohl seit über einem Jahr bekannt ist...“

Das ist schlichtweg falsch. Die Notwendigkeit der Kumulation beider Maßnahmen (Avacon/Rote Straße und AGL/Wallstraße) ist der Verwaltung seit Ende 02/2024 bekannt. Die Verwaltung ist der Auffassung, dass sie unter Beachtung der Rahmenbedingungen und der seitens Dritter getätigter in diesem Zusammenhang getätigter Aussagen den „Vorgang“ ordnungsgemäß vorbereitet hat.

Sie haben die Stadtverwaltung offenbart bei einer Lüge erwischt.

Falsch. Das ist eine bösertige Unterstellung.

1. Es wurde durch den Verfasser tatsächlich der Begriff der „Lüge“ – außerhalb eines Kommentars – verwendet.
2. Diese Unterstellung bezieht sich offenbar auf die Aussage, dass ein Wenden von Linienbusse auf dem Platz Am Sande nicht möglich sei. Die Verwaltung hat mehrfach dargelegt, dass sie sich mit dieser Aussage auf die zuvor von der KVG getätigte Aussage „Linienbusse können auf dem Platz Am Sande nicht wenden.“ beziehe. Hierbei handelt es sich um keine Lüge.

**...weil die Verwaltung ihrer wichtigsten Aufgabe, ...
gründlich, gewissenhaft... nicht nachkommt.
Falsch. Das ist eine bösertige Unterstellung.**

Diese Unterstellung wird mit einem weiteren Lügen-Vorwurf
scheinbar untermauert:

**..., dass man sich in der Verwaltung scheinbar nur mit
Notlügen zu retten hofft.**

...erklärte Blau (KVG-Pressesprecher)...

Ansprechpartner der Hansestadt ist nicht der Pressesprecher.
Wenn der sich anders äußert als die Geschäftsleitung, dann
ist das ein Problem der KVG und darf nicht der Verwaltung
vorgehalten werden.

Übrigens: Auch in Presse-Meinungsbeiträgen dürfen keine
Falschbehauptungen oder Verunglimpfungen geäußert
werden.



"Das ist stümperhaft vorbereitet"

Lüneburger Seniorenbeirat kritisiert Pläne der Stadtverwaltung zur Sperrung des Platzes Am Sande für Busse



Lüneburg,
28.05.2024 - Die geplante längerfristige Sperrung des Busverkehrs am Platz Am Sande stößt bei der neu gewählten

Seniorenvertretung für die Stadt Lüneburg auf deutliche Kritik. Die Sperrung sei "nicht akzeptabel", so die Seniorenvertreter, man sei von dem Vorhaben überrascht worden. Viele offene Fragen seien bislang nicht beantwortet worden. Die Seniorenvertretung legt zudem einen eigenen Forderungskatalog vor.

"Wir wurden überrascht durch die Kurzfristigkeit der Information, obwohl sicherlich die Techniker die Baumaßnahmen seit Monaten geplant haben. Diese Pläne berücksichtigen nicht die Bedürfnisse der älteren Bürgerschaft", sagt der frühere Lüneburger Oberbürgermeister und frisch gewähltes Seniorenbeiratsmitglied Ulrich Mädge. Die Pläne wurden am 17. April im Mobilitätsausschuss bekanntgegeben, zu dem Zeitpunkt aber war der neu gewählte Seniorenbeirat noch nicht im Mobilitätsausschuss vertreten. Aber auch andere Vertretungen wie der Beirat für Menschen mit Behinderung und Fuss e.V. seien nicht rechtzeitig in die Planungen eingebunden worden.

Wie berichtet, soll der Platz Am Sande wegen Bauarbeiten in der Roten Straße für den Buslinienverkehr bis Ende September gesperrt werden. Anstelle der Busse soll es einen Shuttle-Verkehr zwischen ZOB/Bahnhof und Sand geben, betrieben vom Lüneburger Taxi-Unternehmen Röhlig.

■ "Vieles ist überhaupt nicht bedacht worden"

Aber auch der geplante Shuttle-Service mit Kleinbussen der Firma Röhlig sorgt bei den Seniorenvertretern für Unmut. "Vieles ist überhaupt nicht bedacht worden", beklagt Mädge und listet einige Punkte auf: Ist das Taxenangebot für alle kostenlos? Bedarf es einer Berechtigung zur Nutzung? Sind die Taxen/ Großraumtaxen barrierefrei? Haben Behinderte Vorrang?

Unklar sei aber auch, wie der geplante Shuttle-Service die Stoßzeiten der Berufstätigen auffangen soll. "Das geben die Kapazitäten von ein paar

Kleinbussen doch gar nicht her", bemängelt Mädge. Und Dr. Claus Jahnke, stellvertretendes Mitglied im Seniorenbeirat, ergänzt: "Wir haben große Bedenken, wie das mit Taxen vom ZOB in die Innenstadt mit verlässlicher Qualität gewährleistet wird. Der Zeitraum des Shuttleangebotes von 9 bis 18 Uhr ist zu kurz. Eine Mindestzeit von 7 bis 21 Uhr ist notwendig. Auch Senioreninnen und Senioren wollen im Sommer am Abend das vielfältige Angebot der Hansestadt genießen."

■ Sperrung könnte ein halbes Jahr dauern

Grundsätzliches Problem sei, dass es hier nicht um eine Lösung für ein paar Tage gehe, sondern dass die Baumaßnahmen bis zu sechs Monate dauern könnten, wie Mädge prognostiziert. In dieser Zeit seien zentrale Dienstleistungen in der Innenstadt wie Geschäfte, Ärzte, Frisöre oder Banken nur mit erheblichen körperlichen und zeitlichen Belastungen für Menschen mit eingeschränkter Mobilität erreichbar. Das gelte auch für Menschen, die aus dem Umland in die Innenstadt, zum Krankenhaus und Pflegeeinrichtungen wollen.

"Das alles ist stümperhaft vorbereitet, obwohl es der Verwaltung seit über einem Jahr bekannt ist", kritisiert Mädge. Damit alle, auch die Älteren, mobil bleiben und am städtischen Leben teilhaben können, hat der Seniorenbeirat zur kommenden Sitzung des Mobilitätsausschusses am 5. Juni folgende Forderungsliste aufgestellt:

1. Stopp der Planungen
2. Sofortige öffentliche Einberufung eines Runden Tisches der betroffenen Verbände und Beiräte
3. Ausreichend Informationsmaterial für die Bürgerschaft
4. Ausreichend Vorlaufzeit für die Bürgerschaft
5. Kostenloser Shuttle mit Kleinbussen der KVG verlässlich von 7 - 21 Uhr vom Sande zum ZOB und zurück im 20-Minuten-Takt
6. Info-Punkte Am Sande und am ZOB durch geschulte Mitarbeitende der Stadt oder KVG von 07.00 – 21.00 Uhr, die als Lotsen mit Rat und Tat unterstützen

Leser-Kommentare

Abgefertigt (9)

Raabe-Schule wird zur Suppenküche (1)

Das Theater eint und entzweit (3)

Am Reichenbachplatz wird Pinkeln zum Erlebnis (46)

Roy Robson kann expandieren – aber weniger als erhofft (2)

Am Ende bleibt ein Pyrrhussieg (1)

"Was verzapfen die da schon wieder!?" (11)



Beiträge

Info

Fotos

Mehr ▾



LGheute



29. Mai · 🌐

Das Desaster um die Sperrung des Platzes Am Sande für Busse in Lüneburg weitet sich aus. Scharfe Kritik an den Plänen der grünen Stadtverwaltung gibt es nun auch von den Fußgänger-Aktivisten. **Gravierend dabei: Sie haben die Stadtverwaltung offenbar bei einer Lüge erwischt.** Mehr dazu hier:



lgheute.de

Kritik an geplanter Bus-Sperrung weitet sich aus



9

1 Mal geteilt



Gefällt mir



Kommentieren



Kopieren



Teilen



LGheute



28. Mai · 🌐

Es war nur eine kurze Mitteilung der Pressestelle des Rathauses in Lüneburg, doch die Sperrung des wichtigsten I... Mehr anzeigen

Über diese Website



lgheute.de

"Das ist stümperhaft vorbereitet"





Kritik an geplanter Bus-Sperrung weitet sich aus

"Fuss e.V. Lüneburg" nennt Pläne der Stadtverwaltung "völlig unzureichend" und fordert Alternativen



Lüneburg,
29.05.2024 - Die geplante mehrmonatige Sperrung des Platzes Am Sande für den Busverkehr schlägt weiter hohe Wellen. Nachdem gestern bereits der Lüneburger Seniorenbeirat deutliche Kritik an

den Plänen der Stadtverwaltung geäußert hat (LGheute berichtete), legt nun die Fußgänger-Interessenvertretung "Fuss e.V. Lüneburg" ihr Veto ein. Sie bezeichnet die Pläne als "völlig unzureichend".

Im Fokus der Kritik von "Fuss e.V." steht der geplante Shuttle-Service zwischen Bahnhof/ZOB und Platz Am Sande, der die dort normalerweise verkehrenden KVG-Stadtbuslinien ersetzen soll. Diese sollen den Sand nicht mehr anfahren, weil die Rote Straße wegen Bauarbeiten für mehrere Monate gesperrt wird und die Busse den Platz zwar von der Altenbrückertorstraße anfahren könnten, auf dem Sand aufgrund ihrer Länge aber nicht wenden können, wie die Stadtverwaltung behauptet.

■ Shuttle-Service kann Linienbusse nicht ersetzen

Der Shuttle-Service sei aber allein schon wegen der Vielzahl der Betroffenen "völlig unzureichend". So könne ein Shuttle-Fahrzeug, wie es der Stadtverwaltung vorschwebt, je nach Bauart sechs bis acht Fahrgäste aufnehmen. "Personen mit Rollator, Rollstuhl, Kinderwagen, Koffer etc. brauchen mehr Platz. Selbst wenn ein Linienbus mit 50 Fahrgästen nur halb besetzt ist, kann ein Shuttle nur einen kleinen Teil befördern", kritisiert Julia Born von Fuss e.V. Lüneburg.

Und: "In Lüneburg fahren 17 Buslinien regelmäßig durch die Innenstadt. In nur der Buslinie 5011 wurden 2022 an nur einem Tag 6.000 Personen gezählt. Wie man leicht ausrechnen kann, werden also täglich Tausende Fahrgäste befördert. Mit einer einzelnen Buslinie und ein, zwei Shuttlebussen ist es also mitnichten getan", so die Fußgänger-Lobbyistin.

■ Viele werden die Stadt meiden oder das Auto nutzen

Aber auch für Personen mit Kinderwagen, Gehhilfe, schwerem Koffer oder Einkaufstaschen, für Seh- und Bewegungsbehinderte sei ein Umsteigen eine Herausforderung. "Und an einer Haltestelle stehen und nicht wissen, ob man jetzt einen Platz im Shuttle bekommt und beispielsweise seinen Arzttermin erreicht – das ist Stress pur."

Unterm Strich dürfte der aktuelle Vorschlag der Stadtverwaltung nach Auffassung von Fuss e.V. die Unzufriedenheit mit dem städtischen Busverkehr weiter steigen. "Die Menschen werden versuchen, den umständlichen und ungewissen Weg in die Innenstadt zu vermeiden", ist Born überzeugt. Das aber habe negative Folgen für die Geschäfte und Gastronomie in der Innenstadt. Andere wiederum werden vermutlich aufs Auto umsteigen und dafür für belegte Parkplätze und mehr Verkehr sorgen. "Ohne begleitende Maßnahmen zur Abmilderung schadet das Vorhaben der Stadt als Ganzes, vom Umwelt- und Klimaschutz ganz zu schweigen."

■ Busse könnten doch wenden

Die Fußgänger-Lobby fordert deshalb, dass nach tragfähigen Lösungen gesucht werde. Zu prüfen seien alternative Linienführungen und Ersatzhaltestellen und ein Denken "out of the box". Denn alternative Lösungen seien durchaus möglich. So können normale KVG-Linienbusse anders, als von der Stadtverwaltung dargestellt, durchaus Am Sande wenden. Der Platz sei dafür ausreichend, so die Auskunft der KVG auf Anfrage.

Fuss e.V. fordert daher, dass Stadt, Landkreis und die Fachleute von der KVG gemeinsam mit Behinderten- und Seniorenbeirat und betroffenen Verbänden nach Alternativen suchen, um die Nachteile für die vielen tausend Betroffenen möglichst gering zu halten.

"Der öffentliche Personenverkehr ist ein wichtiger Baustein zur Teilhabe für die Menschen in und um Lüneburg. Eine verantwortliche Stadtpolitik und -verwaltung muss dem Rechnung tragen", mahnt Julia Born.

Fuss e.V. ist ein bundesweiter Fachverband und die Interessenvertretung von Fußgängern in Deutschland. Der Verkehrsclub setzt sich dafür ein, das Zufußgehen sicherer, gesünder, angenehmer und attraktiver zu machen und den Umweltverbund in Stadt und Land zu stärken. Der Verein wurde 1985 gegründet. Sitz der Geschäftsstelle ist Berlin.

Lesen Sie hierzu auch den Kommentar.

■ Dazu bisher auf LGheute:

- 28.05.2024: **"Das ist stümperhaft vorbereitet"**
- 27.05.2024: **Drei Monate kein Busverkehr am Platz Am Sande**

Leser-Kommentare

Abgefertigt (9)

Raabe-Schule wird zur Suppenküche (1)

Das Theater eint und entzweit (3)

Am Reichenbachplatz wird Pinkeln zum Erlebnis (46)



Echte Probleme

29.05.2024 - "Sie können es nicht!" Diese Kritik von CDU-Chef Friedrich Merz an der Arbeit der Ampel-Regierung von Olaf Scholz vor wenigen Monaten im Bundestag drängt sich auch beim Blick auf die Arbeit der Lüneburger Stadtverwaltung auf. Egal, was Oberbürgermeisterin Claudia Kalisch bislang anpackte, nichts will so richtig gelingen, nicht einmal die einfachen Dinge. Ob Fehler beim Bau einer Scater-Bahn, bei der Neugestaltung des Glockenhofs oder der fragwürdigen Sanierung der denkmalgeschützten Villa Heyn – die Verwaltung konnte sich bislang nicht mit Ruhm bekleckern. Mit dem absurden Plan, den Platz Am Sande für Busse zu sperren und stattdessen Taxen einzusetzen, setzt die Verwaltung allem nun die Krone auf.

Pendler wissen nicht, wie sie pünktlich zur Arbeit kommen oder den Zug nach Hamburg bekommen sollen, Senioren nicht, wie sie in die Stadt kommen, Behinderte nicht, ob das Ersatz-Taxi sie mit Rollator oder Rollstuhl mitnimmt, Händler und Gastronomen in der Innenstadt befürchten Umsatzeinbußen, weil Kunden lieber wegbleiben, als sich per ÖPNV auf eine Odyssee in Richtung Innenstadt zu begeben. Und wer es dennoch versucht, kommt künftig lieber wieder mit dem Auto in die Stadt.

Was das grüne Rathaus mit der geplanten Sperrung des Sande angerichtet hat, ist ein Desaster. Nicht nur, weil die Rathauschefin ihren Wahlkampf-Versprechungen nach mehr Transparenz auch in diesem Fall erneut nicht gerecht wurde. Sondern vor allem, weil die Verwaltung ihrer wichtigsten Aufgabe, Entscheidungen, die für die Stadtgesellschaft gravierende Folgen haben, gründlich und gewissenhaft vorzubereiten, nicht nachkommt. Anders ist die massive und inhaltlich berechtigte Kritik vom Seniorenbeirat oder jetzt von den Fußgänger-Lobbyisten nicht zu erklären.

Und noch etwas befremdet: Die Stadtverwaltung begründet ihre Pläne damit, dass die Busse auf dem Sand nicht wenden könnten. Dass dies durch eine einfache Nachfrage der Fußgänger-Lobbyisten beim Busbetreiber KVG widerlegt wurde, zeigt, dass man sich in der Verwaltung anscheinend nur noch mit Notlügen zu retten hofft.

Wer an diesem Punkt angekommen ist, hat echte Probleme.

*Ein Kommentar von Ulf Stüwe
zum Beitrag "Kritik an geplanter Bus-Sperrung weitet sich aus"*

Leser-Kommentare



"Wenden geht, ist aber nicht praktikabel"

AKTUALISIERT: KVG äußert sich zu Irritationen über gegensätzliche Darstellungen zur geplanten Bus-Sperre am Platz Am Sande



Lüneburg,
30.05.2024 -
Können die KVG-
Linienbusse auf
dem Platz Am
Sande wenden
oder nicht? Diese
Frage steht im
Raum, seit es
zwei
gegensätzliche
Behauptungen
dazu gibt,
einerseits von der
Lüneburger
Stadtverwaltung,

andererseits vom Interessenverband "Fuss e.V.". Die Frage ist von nicht geringer Bedeutung, hängt von ihrer Beantwortung doch ab, ob viele Tausend Menschen, die täglich den Bus in Lüneburg nutzen, über Monate mit erheblichen Einschränkungen rechnen müssen. Eine Nachfrage beim Busbetreiber KVG in Stade bringt neue Erkenntnisse.

"Wenden ist auf dem Platz Am Sande zwar theoretisch möglich, aber nicht praktikabel", sagt KVG-Pressesprecher Oliver Blau und erklärt: Die Fahrzeuge seien so groß, dass sie ohne zurücksetzen zu müssen nicht wenden könnten, es sei denn, Bereiche des Platzes würden für den Publikumsverkehr gesperrt. Wegen des hohen Gefährdungsgrades müssten Absperrgitter aufgestellt und Sicherheitspersonal eingesetzt werden. "Das halten wir unter den dortigen Gegebenheiten mit dem hohen Publikumsaufkommen für nicht durchführbar und raten dringend davon ab", so Blau.

Wie berichtet, soll der Platz Am Sande wegen anstehender Bauarbeiten in der Roten Straße über mehrere Monate für den Busverkehr gesperrt werden. Der Platz, der zwar weiter von der Altenbrückertorstraße angesteuert werden kann, würde damit aber zur Sackgasse, Busse müssten also wenden. Das aber sei nicht möglich, behauptete die Stadtverwaltung, wurde aber vom Interessenverband "Fuss e.V. Lüneburg" korrigiert, der erklärte, wenden sei nach Auskunft der KVG doch möglich.

■ Verschiebung der Baustelle könnte Vorteile bringen

Zufrieden zeigte sich Blau über die derzeitige Lösung, wonach die Busse den Sand nicht mehr anfahren sollen, allerdings nicht. Es seien bereits zahlreiche Varianten diskutiert worden, in der kommenden Woche wolle man sich an einem Runden Tisch mit allen Betroffenen zusammensetzen, um weitere Lösungen zu finden. Eine deutete Blau schon mal an: die Verschiebung der Baustelle in der

Roten Straße bis zum Ende der Bauarbeiten an der Kreuzung Wallstraße/Sülztorstraße. "Ziel ist es, Linienführungen zu finden, um näher an den Sande zu kommen", so Blau.

Der Einsatz von Kleinbussen der KVG als Ersatz für die Linienbusse bringt laut Blau nicht den erhofften Effekt. Zum einen verfüge das Unternehmen lediglich über ein Dutzend dieser Fahrzeuge, zum anderen seien sie derzeit im Rufbus-Einsatz und müssten von dort abgezogen werden. Auch würden mit ihnen längst nicht die Kapazitäten zur Verfügung stehen, die durch den Wegfall der Linienbusse entstehen. "Allein eine Linie befördert an einem Tag mehrere Tausend Personen, das ist mit Kleinbussen nicht aufzufangen." Genau das aber ist derzeit die von der Stadtverwaltung angestrebte Lösung.

!! Ergänzung!!

In einem weiteren Gespräch erklärte Oliver Blau heute, dass Busse auf dem Platz Am Sande doch wenden könnten, ohne zurücksetzen zu müssen, jedenfalls im Bereich vor der Johanniskirche. Blau: "Es bestünde theoretisch tatsächlich im östlichen Bereich des Platzes gerade ausreichend Platz, um einen regulären 12m-Bus zu wenden, praktisch wäre dies aber eben nur möglich, wenn der dafür benötigte Platz komplett gesichert/abgesperrt werden würde."

Weiter erklärte er, dass es keine Überlegungen zur zeitlichen Verschiebung der Baustelle angestellt würden. Nach Rücksprache mit der Stadtverwaltung sei diese Option nicht gegeben, da die bauausführenden Unternehmen bereits vertraglich gebunden seien. Auch die Ankündigung eines für die kommende Woche geplanten Runden Tisches mit betroffenen Einrichtungen und Verbänden sei terminlich nicht geplant, man sei aber für Gespräche offen.

■ Dazu bisher auf LGheute:

- 29.05.2024: **Kritik an geplanter Bussperrung weitet sich aus**
- 28.05.2024: **"Das ist stümperhaft vorbereitet"**
- 27.05.2024: **Drei Monate kein Busverkehr am Platz Am Sande**

Leser-Kommentare

Abgefertigt (9)

Raabe-Schule wird zur Suppenküche (1)

Das Theater eint und entzweit (3)

Am Reichenbachplatz wird Pinkeln zum Erlebnis (46)

Roy Robson kann expandieren – aber weniger als erhofft (2)

Am Ende bleibt ein Pyrrhussieg (1)

"Was verzapfen die da schon wieder!?" (11)

Bauen für den großen Denker (16)



Fragwürdige Auftritte der Stadtverwaltung

Rathaus verstrickt sich in Widersprüchen um die Bus-Sperren Am Sande – Kalisch kritisiert Seniorenbeirat und stellt Pressefreiheit infrage



Lüneburg,
31.05.2024 - Die
Widersprüche der
Lüneburger
Stadtverwaltung
um die
monatelange
Sperrung des
Platzes Am Sande
für Linienbusse
reißen nicht ab.
Erneut muss das
Rathaus frühere
Aussagen

korrigieren. Irritierend dabei: Stadtverwaltung und Busbetreiber KVG scheinen kaum miteinander zu kommunizieren, wie die jüngste Ratssitzung zeigte. Weitaus problematischer aber war der Auftritt von Oberbürgermeisterin Claudia Kalisch in der Sitzung. Sie offenbarte ein höchst fragwürdiges Verständnis des Rathauses im Umgang mit der freien Presse.

Man kommt aus dem Staunen nicht mehr heraus. Noch vor fünf Tagen, am 27. Mai, trat die Pressestelle des Rathauses mit der Information an die Öffentlichkeit, der Platz Am Sande müsse für drei Monate wegen Bauarbeiten in der Roten Straße gesperrt werden. Der Platz sei damit nur noch von der Altenbrückertorstraße aus anfahrbar. Weil Busse auf dem Platz Am Sande aber nicht wenden könnten, so die Aussage, sollen Kleinbusse des Taxi-Unternehmens Röhlig eingesetzt werden. Originalwortlaut: "Es handelt sich um kleine Fahrzeuge, die im Gegensatz zu den normalen Linienbussen auf dem Platz wenden können."

■ Chronologie der Widersprüche

Diese Behauptung der Stadtverwaltung hatte nicht lange Bestand. Schon zwei Tage später, am 29. Mai, teilte die Interessenvertretung "Fuss e.V. Lüneburg" mit, Busse könnten durchaus wenden, dies habe die KVG auf Nachfrage bestätigt.

LGheute ging der Sache nach und wandte sich am 30. Mai an die KVG. Antwort: Ja, ein Wenden sei möglich, aber nur, indem Busse zurücksetzten. Wegen des damit verbundenen Gefährdungspotentials rate man aber "dringend davon ab". Auf Nachfrage nach dem Umfang des Wendekreises der KVG-Busse räumte die KVG ein, dass ein Wenden nun doch ohne Zurücksetzen möglich sei, allerdings nur für die 12-Meter-Busse.

Wenig später in der Ratssitzung am selben Tag erklärt Lüneburgs Verkehrsdezernent Markus Moßmann wiederum: "Die städtische Prüfung hat

ergeben, dass ein Wenden bei exaktem Wendekreis ohne Abweichung beim Steuern unter Berücksichtigung individuellen Fahrvermögens des Fahrpersonals und nur mit Zurücksetzen möglich ist."

Einen Tag später kommt die Stadtverwaltung mit der nächsten Variante. Seit dem 31. Mai heißt es nun: "Das Wenden auch kurzer Linienbusse in einem Zuge ist am Sande nach Aussage der KVG nicht möglich, zumindest nicht, ohne den Fuß- und Radverkehr, aber auch sonstige berechnete Verkehre zu gefährden oder die vorhandene Infrastruktur (Hydranten, Laternen) zu beschädigen bzw. anpassen zu müssen. Das haben auch die städtischen Prüfungen der Schleppkurven und Wendekreise bestätigt."

■ Gestörte Kommunikation

Kommunizieren KVG und Stadtverwaltung nicht miteinander? Diese Frage stellt sich auch bei zwei weiteren Punkten. So äußerte die KVG, dass bei der Suche nach einer Lösung des Problems auch über die Verschiebung der Baustelle in der Roten Straße nachgedacht werde, um wenig später zu erklären, dass man hier falsch verstanden worden sei. Ebenso bei der ursprünglichen Auskunft, wonach in der kommenden Woche ein Runder Tisch mit betroffenen Unternehmen, Einrichtungen und Organisationen geplant sei. Auch dies nahm die KVG zurück, es hieß dann nur noch, man sei für Gespräche offen. Spätestens hier drängt sich der Verdacht auf, dass die Verantwortlichen in der Stadtverwaltung zum Hörer gegriffen haben, um die desolate Kommunikationslage wieder in den Griff zu bekommen.

■ Rathaus noch demokratiekonform?

Verärgert über die Berichterstattung auf LGheute, reagierte die Stadtverwaltung in der Ratssitzung am 30. Mai mehr als gereizt. "Es reicht, ich bin wirklich sauer", ließ Oberbürgermeisterin Claudia Kalisch die Ratsmitglieder wissen. So gehe man nicht miteinander um, klagte sie – und nahm sich LGheute und Ulrich Mädge vor, der als Mitglied des neu gewählten Seniorenbeirats gewagt hatte, die Verwaltung wegen der Bus-Sperrung zu kritisieren und deren Agieren in der Sache "stümperhaft" zu nennen.

Mädges Kritik quittierte Kalisch mit Vorwürfen. Seine Äußerungen seien gespickt "mit abschätzigen Formulierungen, mit Halbwahrheiten und Fehlinformationen". Und sie setzte noch einen drauf: "Inzwischen haben sich Online-Journalisten als seine Verstärker geriert und die Verwaltung unter anderem der Lüge bezichtigt. Hier hört der Diskurs auf, hier fängt Diskreditierung an und das ist respektlos." Zugleich dankte sie ihrem Verkehrsdezernenten Markus Moßmann für den "hochseriösen Umgang mit der Thematik".

Irritiert von ihrer Äußerung wandte sich Ratsmitglied Philipp Meyn (SPD) an die Oberbürgermeisterin. "Hier hört der Diskurs auf", das ist eine gewichtige Aussage in einer Demokratie", sagte Meyn und forderte Kalisch auf, für diese Behauptung die Kriterien zu benennen, "dass wir in der Öffentlichkeit eine Diskussion nicht darüber führen dürfen, ob eine Verwaltung tatsächlich sinnvoll agiert oder nicht sinnvoll agiert".

Antwort der Oberbürgermeisterin: Es komme auf den Tonfall an und man möge das Gespräch mit der Verwaltung suchen.

■ "Das sind wichtige Informationsmedien"

"Soll es jetzt verboten sein, Maßnahmen der Verwaltung zu kritisieren? Und dürfen Menschen sich nicht mehr dazu äußern?", hakte Andrea Schröder-Ehlers (SPD) nach. Auch wollte sie wissen, wie Kalisch zu der Behauptung komme, Online-Medien – gemeint sind LGheute und "Lüneburg aktuell" – gerierten sich als "Verstärker" von Kritikern der Verwaltung. "Woher nehmen Sie diese

Erkenntnisse? Ich finde, das sind sehr wichtige Informationsmedien bei uns im Landkreis. Und ich finde, die müssen ihre Position auch sehr deutlich ausdrücken können. Das gehört zu einem gesellschaftlichen Diskurs und einem politischen Diskurs dazu. Was ist da jetzt Ihr Vorwurf?"

Kalisch: "Es ist immer gut, miteinander zu reden, bevor man etwas hinausposaunt."

■ Der angebliche "Lügen-Vorwurf" auf LGheute

Anders als von der Stadtverwaltung dargestellt, hat LGheute an keiner Stelle behauptet, die Verwaltung habe gelogen. In dem **LGheute-Kommentar (!)**, auf den sich die Stadtverwaltung bezieht, heißt es: "Die Stadtverwaltung begründet ihre Pläne damit, dass die Busse auf dem Sand nicht wenden könnten. Dass dies durch eine einfache Nachfrage der Fußgänger-Lobbyisten beim Busbetreiber KVG widerlegt wurde, zeigt, dass man sich in der Verwaltung anscheinend nur noch mit Notlügen zu retten hofft." Eine Behauptung ist damit nicht verbunden, das sollte die Stadtverwaltung eigentlich wissen. Der Kommentar ist im Übrigen weiterhin online.

Die komplette Ratssitzung ist auf Youtube nachverfolgbar. Die Debatte zu diesem Tagesordnungspunkt beginnt ab Minute 23:00 und endet bei Minute 52:55.

Auf einen eigenen Kommentar wird an dieser Stelle verzichtet. Stattdessen wird der sehr lesenswerte Kommentar von Carlo Eggeling auf "Lüneburg aktuell" empfohlen.

■ Dazu bisher auf LGheute:

- 30.05.2024: **"Wenden geht, ist aber nicht praktikabel"**
- 29.05.2024: **Kritik an geplanter Bussperrung weitet sich aus**
- 29.05.2024: **Echte Probleme**
- 28.05.2024: **"Das ist stümperhaft vorbereitet"**
- 27.05.2024: **Drei Monate kein Busverkehr am Platz Am Sande**

Leser-Kommentare

Abgefertigt (9)

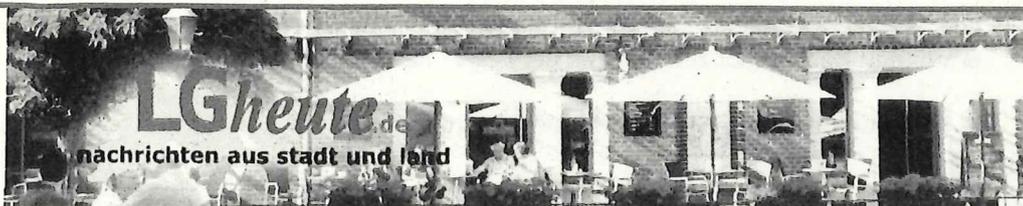
Raabe-Schule wird zur Suppenküche (1)

Das Theater eint und entzweit (3)

Am Reichenbachplatz wird Pinkeln zum Erlebnis (46)

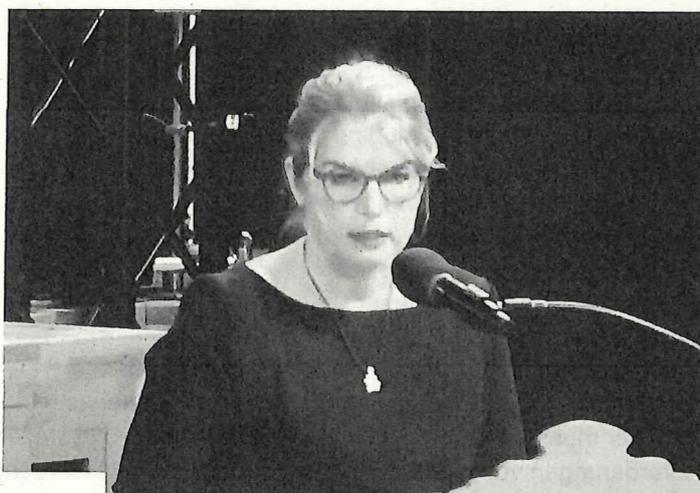
Roy Robson kann expandieren – aber weniger als erhofft (2)

Am Ende bleibt ein Pyrrhussieg (1)



Sind Seniorenbeirat und Online-Medien Demokratiefeinde?

SPD kritisiert Äußerungen von Oberbürgermeisterin Kalisch und fordert Entschuldigung



Lüneburg,
05.06.2024 -
Lüneburgs

Oberbürgermeisterin Claudia Kalisch gerät nach ihren kritischen Äußerungen über den Seniorenbeirat und die Online-Nachrichtenportale LGheute und "Lüneburg aktuell" weiter unter politischen Beschuss. In einer Anfrage nimmt die SPD-Stadtratsfraktion verstärkt die Pressearbeit des Rathauses in den Blick – und fordert die Oberbürgermeisterin auf, sich beim Seniorenbeirat und den Online-Medien zu entschuldigen.

"Sie stellen mit Ihren Äußerungen Vertreter des Seniorenbeirats und der Onlinemedien in eine Reihe mit Demokratiefeinden. Wir erwarten, dass Sie sich für dieses Verhalten entschuldigen", heißt es in der von Jörg Kohlstedt unterzeichneten SPD-Anfrage.

Hintergrund ist die Äußerung von Lüneburgs Oberbürgermeisterin in der jüngsten Ratssitzung, in der sie mit Bezug auf Kritik des Seniorenbeirats und von LGheute und "Lüneburg aktuell" an der geplanten Sperrung des Platzes Am Sande für Busse über fehlenden Respekt gegenüber der Verwaltung klagte und sich zu der Äußerung verstieg: "Diese Tonart, diese Verhaltensweisen widersprechen allem, was unsere Stadt auf der Demokratiemeile demonstriert hat."

■ Rathaus soll Belege vorlegen

Kalisch hatte in diesem Zusammenhang auch behauptet, **LGheute habe das Rathaus einer "Lüge" bezichtigt, dies aber nicht belegen können**. Auch hatte sie dem Seniorenbeirat "abschätzige Formulierungen und Fehlinformationen" vorgeworfen. Nach Einschätzung der SPD aber ließen die Veröffentlichungen diese Vorwürfe gar nicht zu. "Nach Durchsicht der veröffentlichten Beiträge zur Kritik des Seniorenbeirats ist nicht klar, auf welche Passagen sich Ihre harsche Entrüstung genau beziehen soll. Wir bitten, die aus Ihrer Sicht kritischen Punkte

und Fehlinformationen schriftlich vorzulegen und insbesondere den von Ihnen erwähnten Screenshot zum Vorwurf der Lüge", heißt es in der Anfrage.

■ Soll Austausch im Rat unterbunden werden?

Unter Druck gerät Kalisch auch wegen einer weiteren Äußerung. In derselben Ratssitzung hatte sie dem Seniorenbeirat vorgeworfen, nicht das Gespräch mit der Verwaltung gesucht zu haben, dann aber gesagt: "Hier hört der Diskurs auf." Dazu die SPD: "Sie fordern das Gespräch und erklären gleichzeitig den Diskurs für beendet. Wir erwarten, dass Sie umgehend auch das Gespräch mit dem Seniorenbeirat, dem Behindertenbeirat und mit FUSS e.V aufnehmen, um ausgewogene Pläne für die Zeit der Umleitung zu entwickeln."

Dazu passe auch, dass Kalisch den Tagesordnungspunkt "Wichtige Mitteilungen der Verwaltung" nutze, um ihre Sicht der Dinge zu verbreiten und eine Aussprache im Rat zu vermeiden. "Denn die ist laut Geschäftsordnung bei diesem Tagesordnungspunkt nicht vorgesehen."

■ Fragwürdiger Umgang mit Seniorenbeirat und Presse

"Wir kritisieren scharf, dass die Oberbürgermeisterin Vertreter des Seniorenbeirats und Journalisten der Online-Medien in eine Reihe mit Demokratiefeinden stellt", heißt es in einer dazu heute herausgegebenen Pressemitteilung der SPD-Stadtratsfraktion. Und weiter: "Die Oberbürgermeisterin muss sich fragen lassen, ob dies der richtige Umgang mit dem Thema und den berechtigten Interessen des Seniorenbeirats ist – der immerhin knapp 20.000 ältere Menschen in dieser Stadt vertritt."

Aufklärung erbittet die Fraktion auch zum Umgang des Rathauses mit Presseanfragen. "Offensichtlich" würden diese oft tage- oder gar wochenlang unbeantwortet bleiben. "Hier muss sich die Oberbürgermeisterin die Frage stellen lassen, ob dies den Anforderungen von Art. 5 Grundgesetz und dem Presserecht entspricht." Die SPD-Fraktion erwarte von der Rathauspitze einen "fairen, vertrauensvollen und ehrlichen Umgang mit gewählten Gremien und Presse".

■ Dazu bisher auf LGheute:

- 03.06.2024: **Hat das Rathaus wirklich umfassend informiert?**
- 31.05.2024: **Fragwürdige Auftritte der Stadtverwaltung**
- 30.05.2024: **"Wenden geht, ist aber nicht praktikabel"**
- 29.05.2024: **Kritik an geplanter Bussperrung weitet sich aus**
- 29.05.2024: **Echte Probleme**
- 28.05.2024: **"Das ist stümperhaft vorbereitet"**
- 27.05.2024: **Drei Monate kein Busverkehr am Platz Am Sande**

Leser-Kommentare

Abgefertigt (9)

Raabe-Schule wird zur Suppenküche (1)

Das Theater eint und entzweit (3)